

„Wir dürfen uns das nicht gefallen lassen“

Bürgermeister Klaus Schmid findet in der Bürgerversammlung klare Worte zu den Themen „Umspannwerk“ und „A 94“

Von Franz Gilg

Simbach. Bei der Bürgerversammlung am Dienstagabend im Lokschruppen hat es zwei große „Aufreger-Themen“ gegeben: die Autobahn A94 und das neue Umspannwerk. Bürgermeister Klaus Schmid machte seinem Ärger Luft und kündigte Widerstand an.

Unter „Sonstiges“ führte er in seiner Rede erst die „mehr als frustrierenden“ Fakten auf: Im April war man guter Hoffnung, dass es mit der von der Stadt bevorzugten Variante „Bahntrasse-Au“ der A 94 doch noch klappt. Bei einem Treffen im Rathaus versprachen Vertreter der Autobahn GmbH weitere Untersuchungen zum Tunnelbau in Erlach. Man werde den Vorentwurf erstellen und bei der Bürgerversammlung darüber informieren.

Daraus wurde nichts, denn im September forderte der Bundesrechnungshof für die weitere Planung eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung. Daraufhin fand am 24. Oktober in München ein Gespräch mit dem bayerischen Verkehrsminister Christian Bernreiter statt. Erwartungsfroh fuhr der Bürgermeister dorthin und kehrte frustriert zurück. Die Autobahn GmbH hatte nämlich bestätigt, dass die Planungen sozusagen auf Eis liegen. Außerdem fehlten im Bundeshaushalt die Mittel für den Neubau von Autobahnen. Und der Minister bemerkte, er sei in dieser Bundes-Angelegenheit „ziemlich machtlos“. Schmid will sich damit nicht abfinden und weiterhin alles versuchen, um den Bau der A 94 wieder in Bewegung zu bringen. Den jetzigen Stillstand hält er für „unverständlich und inakzeptabel“.

In seinen weiteren Ausführungen wurde der Rathausschef deutlicher und sprach von einer „Versacherei“. Offenbar gebe es jetzt auch kein Geld für den Lärmschutz an der B 12, wo der Verkehr immer stärker werde. „Anscheinend dürfen wir im Abschnitt zwischen Markt und Erlach ruhig erstickern.“

Theresia Nüßlein, Vorsitzende des Stadtvereins, berichtete in Anschluss an Schmid's Rede, der Leiter der Autobahn GmbH habe ihr bei der Einweihung des Tuttinger Tunnels gesagt, der Lärmschutz in Simbach sei genehmigt. Schmid bestätigte, auch er habe davon gehört, allerdings zu einer Zeit, als noch Finanzmittel vorhanden waren. Jetzt sei die Situation eine an-



Bürgermeister Klaus Schmid kündigte in der Bürgerversammlung an, man wolle den Netzbetreiber TenneT und auch das Bayernwerk bei einer öffentlichen Info-Veranstaltung zur Rede stellen. Alle Fakten sollen auf den Tisch.

Foto: Gilg

dere, aber er werde eine schriftliche Anfrage an die Autobahn GmbH stellen, wie es nun mit dem Lärmschutz konkret aussieht.

Umspannwerk: „Spiel mit falschen Karten“

Scharf kritisierte Schmid das Vorgehen des Netzbetreibers TenneT in Sachen „Umspannwerk“. Die Bürgerinformation, die es dazu vergangene Woche gab, sei eine reine „Alibi-Veranstaltung“ gewesen, wertete er. „Sie war so sinnlos wie ein Krampf.“ Es werde nicht mit offenen Karten gespielt. Insbesondere das Bayernwerk halte sich in dieser Angelegenheit völlig bedeckt. Immerhin gehe es dabei auch um neue 110 kV-Leitungen, die bislang „total verschwiegen“ wurden.

„Unter dem Deckmantel einer sogenannten Energieumdeleitung wird uns ein Umspannwerk mit mindestens 30 Hektar vor die Nase gestellt.“ Dabei komme es nicht nur zu einer Zerstörung der Natur, sondern es würden auch Existenzen von Landwirten gefährdet.

Schmid fordert deshalb eine Bürgerversammlung zu diesem

Thema, bei der TenneT und das Bayernwerk Rede und Antwort sehen. Es sei an der Zeit, dass alle Tatsachen auf den Tisch kommen. „Zum Beispiel geht es um die Frage: Sind überhaupt schon Alternativen geprüft worden? Und: Wo ist hier eigentlich die EU? Die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Sicherstellung der Energieversorgung im Chemiedreieck stellt Schmid nicht in Abrede, aber „muss das alles aus dem Raum Simbach kommen? Er appellierte an die Zuhörer um Unterstützung. „Wir dürfen uns das nicht gefallen lassen.“

In der anschließenden Frageunde meldete sich Ingrid Weidinger aus Eggstetten mit einer Anregung: Derzeit sei ein Netzentwicklungsplan in Vorbereitung, der von der Bundesregierung im nächsten Juni verabschiedet werden soll. Es handle sich also um eine Sache des Bundes. Deshalb solle man sich bei diesem Thema an die Bundestagsabgeordneten aus der Region wenden. Der Bürgermeister versprach, für die Info-Veranstaltung möglichst alle Beteiligten an einen Tisch zu holen, wenn möglich auch Minister Hubert Aiwanger.

Altbürgermeister Richard Finkl stellte fest: Zum Umspannwerk und der damit verbundenen Be-

lastung Simbachs hätten weder das Landratsamt noch die Heimat Abgeordneten etwas gesagt. Klaus Schmid dürfe nicht nachlassen, immer wieder darauf hinzuweisen, wie intensiv die Stadt in der Vergangenheit schon belastet wurde. Jetzt gelte es, Widerstand zu leisten. Die Entscheidungen zur A 94 dürfe man ebenfalls nicht un widersprochen hinnehmen.

Auch die städtischen Finanzen bereiten Schmid Bauchschmerzen. Hier herrsche eine große Unsicherheit. Einerseits sollen die Kommunen durch Erhöhung der Gebühren kostendeckend wirtschaften, andererseits verlange der Landkreis immer mehr an Umlage. Einsparungen wären nur noch bei den freiwilligen Leistungen möglich – und darunter hätten die Bürger zu leiden. „Wenn das so weiter geht, müssen wir Angst haben um unsere Kinder und Enkel.“

Sachstand beim Bahnschalter

Bei besagtem Termin im Verkehrsministerium hat man auch die Unterschriftenlisten der Bürgerinitiative und die Resolution der Stadt zum Erhalt eines Perso-

nenschalters im Bahnhof übergeben. Aus Kostengründen wurde ein Videoreisezentrum abgelehnt. Nun zeichnet sich eine andere Lösung ab: Der Betreiber des Kloaks vor dem Bahnhof will ins Gebäude umziehen (wir berichteten) und dort auch Fahrkarten verkaufen. Um dies tun zu können, braucht er noch einen entsprechenden Lehrgang. Der Bürgermeister versprach, er werde sich weiter dafür einsetzen, dass dieser „personenbediente“ Fahrkartenverkauf „zeitnah umgesetzt werden kann“.

Der Rechenschaftsbericht des Bürgermeisters fasste wie immer das Geschehen in der Innstadt in den letzten zwölf Monaten zusammen. Bei den Haushaltsdaten 2024 nannte Schmid die wichtigsten Einnahme- und Ausgabe-posten. Um über die Runden zu kommen, braucht es eine Rücklagen-Entnahme von rund 3,1 Millionen Euro und einen Kredit von vier Millionen Euro. Abzüglich der Tilgung wird die Gesamtverschuldung der Stadt voraussichtlich um 2,85 Millionen Euro auf nunmehr 7,7 Millionen ansteigen.

Zu den Kindertagesstätten: Im Kindergarten Marienhöhe sollen die Baumaßnahmen noch heuer beendet werden. Geschätzte Ge-

samtkosten: 5,2 Millionen Euro. In der „Dreifaltigkeit“ läuft der Innenausbau der Erweiterung. Fertigstellung wird im Frühjahr 2025 sein. Für die Gründung eines Waldkindergartens konnte mittlerweile mit der Pfarrpfändestiftung ein Nutzungsvertrag für eine Fläche am Scheßenberg unterzeichnet werden. Der Start soll im kommenden Herbst erfolgen.

Auf rund zehn Millionen Euro werden Umbau und Erweiterung der Josef-Karl-Nerud-Grundschule geschätzt. Der Förderantrag ist eingereicht und die Planungen laufen. Man hofft auf einen Baubeginn Mitte 2025. Die Brandschutz-Ertüchtigung im Nordtrakt der Mittelschule kostet 300 000 Euro und soll nächstes Jahr beendet werden. Zuschüsse gibt's dafür keine.

Minister eröffnet morgen die Moosmühlenbrücke

Baumaßnahmen: Die sogenannte Moosmühlenbrücke ist nach eineinhalbjähriger Bauzeit fertig. Sie kostete letztendlich 2,6 Millionen Euro. Dieser Betrag wird komplett vom Bund übernommen. Morgen, Freitag, kommt Verkehrsminister Bernreiter zur feierlichen Einweihung. Die Erschließungsmaßnahmen im Baugebiet Erlacher Wiesen II dauern ein paar Wochen. Eigentlich ist die Bewerbungszeit für Grundstücke schon abgelaufen, weil aber noch was frei ist, können sich Interessenten weiterhin bei der Stadt melden. Noch heuer will man alle Parzellen vergeben. Ebenfalls kurz vor dem Abschluss steht die Sanierung des Friedhofsgebäudes. Kostenpunkt: etwa 150 000 Euro. Schmid kündigte an, man werde demnächst im Stadtrat über die Grabgebühren reden müssen.

Künftig gearbeitet wird am Großprojekt „Hochwasserschutz und Grüne Mitte“ im Abschnitt zwischen Bürgerhaus und Kreuzberger Weg. Dieser werde voraussichtlich im Herbst 2025 abgeschlossen. Für den Bereich bis unterhalb der Bachstraßenbrücke sind die Aufträge bereits erteilt.

Die TV-Befahrung des städtischen Kanalnetzes läuft. Rund 65 Kilometer mit 2500 Schächten sind in drei Abschnitten zu untersuchen, knapp die Hälfte davon in diesem Jahr. Die Gesamtkosten liegen bei etwa 600 000 Euro.